

P 168/11

ERKLÄRUNG

GEGEN RASSISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT*

*Das Europäische Parlament, der Rat,
die im Rat Vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten
und die Kommission der Europäischen Gemeinschaft*

In Anbetracht der Existenz und der Zunahme fremdenfeindlicher Einstellungen, Bewegungen und Gewaltakte in der Gemeinschaft, die sich häufig gegen Zuwanderer richten

angesichts der vorrangigen Bedeutung, die die Gemeinschaftsorgane der Achtung der in der Gemeinsamen Erklärung vom 5. April 1977 feierlich verkündeten Grundrechte sowie dem im Rom-Vertrag vorgesehenen Grundsatz des freien Personenverkehrs beimessen

in der Erwägung, daß die Achtung der Menschenwürde und die Unterbindung der Rassendiskriminierung zum gemeinsamen kulturellen und rechtlichen Erbe aller Mitgliedstaaten gehören

in dem Bewußtsein des positiven Beitrags, den die Arbeitnehmer aus anderen Mitgliedstaaten oder Drittländern für die Entwicklung des Mitgliedstaates, in dem sie sich legal aufhalten, geleistet haben und auch weiterhin leisten können, und des daraus folgenden Nutzens für die Gemeinschaft

verurteilen aufs schärfste alle Äußerungen von Intoleranz und Feindseligkeiten sowie die Anwendung von Gewalt gegenüber einer Person oder einer Personengruppe wegen rassischer, religiöser, kultureller, nationaler und sozialer Unterschiede

bekräftigen ihren Willen, die Persönlichkeit und die Würde jedes Mitglieds der Gesellschaft zu schützen und jegliche Form der Ausgrenzung von Ausländern abzulehnen

halten es für unbedingt notwendig, daß alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um diesen gemeinsamen Willen in die Tat umzusetzen

sind entschlossen, die bereits unternommenen Bemühungen zum Schutz der Persönlichkeit und der Würde jedes Mitglieds der Gesellschaft fortzusetzen und jeglicher Form der Ausgrenzung von Ausländern eine Absage zu erteilen

weisen auf die Bedeutung einer angemessenen Unterrichtung und einer Sensibilisierung aller Bürger angesichts der Gefahren des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit hin und heben die Notwendigkeit hervor, dafür zu sorgen, daß jeder Akt und jede Form von Diskriminierung vermieden oder unterbunden wird

Pierre PFLIMLIN

*Präsident
des Europäischen Parlaments*

Hans VAN DEN BROEK

Präsident des Rates

Jacques DELORS

*Präsident der Kommission
der Europäischen Gemeinschaft*

* In Straßburg am 11. Juni 1986 unterzeichnete Erklärung